



Listen to us!
Einblicke in die
„Pflegekinderhilfe“

**Hearing mit jungen Menschen, Eltern,
Pflegeeltern und Fachpolitiker*innen
im Deutschen Bundestag**

**Dokumentation des Hearings am
27. November 2023 im Deutschen Bundestag**

Inhalt

- S. 3 I. Hearing mit jungen Menschen, Eltern, Pflegeeltern und Fachpolitiker*innen im Deutschen Bundestag. Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland**
- S. 5 II. come in touch: Workshop mit jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern sowie Abgeordneten**
- ▶ Junge Menschen in Pflegefamilien. Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Jugendlichen
 - ▶ Leaving Care – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von jungen Erwachsenen
 - ▶ Eltern in der Pflegekinderhilfe. Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Eltern
 - ▶ Pflegeeltern in der Pflegekinderhilfe. Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Pflegeeltern
 - ▶ What To-do? Statements von Politiker*innen
- S. 24 III. Impulse und Forderungen an die Bundespolitik – Fachgespräch der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
- ▶ Rechte junger Menschen stärken!
 - ▶ Selbstbestimmung und Partizipation stärken!
 - ▶ Bessere Ausstattung der Pflegekinderhilfe fordern und fördern!
 - ▶ Bessere und schnellere Verfahren – weniger Bürokratie
 - ▶ Was nimmt der Ausschuss mit? Wie kann es weitergehen?
- S. 36 IV. Status „Careleaver*in“ sozialrechtlich absichern**
- S. 40 V. Anhang**
- ▶ Programmablauf
 - ▶ Teilnehmer*innen

Impressum



**Internationale
Gesellschaft für
erzieherische Hilfen**

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen

Galvanistraße 30 | 60486 Frankfurt am Main

E-Mail: verlag@igfh.de | Internet: www.igfh.de

© IGfH-Eigenverlag, Frankfurt am Main, 20223

Redaktion: Stefan Wedermann

ISBN: 978-3-947704-35-4 | DOI: https://doi.org/10.61038/2024_003

Satz: Paula Weise | Frankfurt am Main | www.bhivestudio.de

Fotos: © Marcus Glahn | Berlin | www.marcusglahn.de

Gefördert vom:



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Hearing mit jungen Menschen, Eltern, Pflegeeltern und Fachpoli- tiker*innen im Deutschen Bundestag

Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland

Die Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland wurde in der Kinder- und Jugendhilfe in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert und mit verschiedenen Formaten und Fachpublikationen unterlegt. Das „Dialogforum Pflegekinderhilfe. Initiative zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland“ ist hier in besonderer Weise zu nennen. Das Dialogforum Pflegekinderhilfe wurde von 2015 bis 2021 durch die IGfH moderiert sowie organisiert und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Im Rahmen des Dialogforum wurden zentrale Entwicklungsbedarfe und Strukturmerkmale einer zukunftsorientierten Pflegekinderhilfe herausgearbeitet und öffentlich erörtert. Hierzu wurden Wissen, Einschätzungen sowie Positionen von verschiedenen Fachleuten und Selbstvertretungen, Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen zusammengetragen und diskutiert. Ein zentrales Ergebnis des Dialogforums ist, dass für die Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe die systematische Beteiligung von jungen Menschen und Eltern unerlässlich ist und Selbstvertretungen notwendig sind und gefördert werden müssen. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (SGB VIII) stärkt in diversen gesetzlichen Normen die Rechte von jungen Menschen und Eltern in der Kinder- und Jugendhilfe. Das BMFSFJ und der Deutsche Bundestag haben damit Impulse u.a. aus dem Dialogforum Pflegekinderhilfe aufgegriffen (vgl. Drucksache 19/28870). Die öffentlichen und freien Träger der Pflegekinderhilfe sind nun daran, diese Rechtsansprüche in ihren Konzepten und Angeboten aufzugreifen und zu verwirklichen.

Am 27. November 2023 fand im Deutschen Bundestag ein Hearing zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe mit jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern statt. Auf Einladung von Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag) kamen 20 junge Menschen, Eltern und Pflegeeltern aus ganz Deutschland für den Austausch nach Berlin. Das Hearing wurde von der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) vorbereitet und organisiert.

Die Stimme junger Menschen und Eltern in der Fachdiskussion

Die Selbstvertretungen von Pflegeeltern sind in der Pflegekinderhilfe strukturbildend und wichtige Akteure in der Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe. Dies spiegelt sich auch in den Fachdebatten und Aktivitäten des Dialogforum Pflegekinderhilfe, der Besetzung der Arbeitsgruppe zur Reformdiskussion 2019-2020 „Mitreden-Mitgestalten“ des BMFSFJ und der Förderstruktur über den Kinder- und Jugendplan wider. Die Pflegeelternverbände bringen die Perspektive der Lebensrealität und der Forderungen zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe aus der Perspektive der Pflegeeltern deutlich hör- und sichtbar ein. Dies ist für die Weiterentwicklung der Fachpraxis, aber auch für gesetzgeberische Prozesse von zentraler Bedeutung. Auffällig in der Betrachtung der Partizipation von Adressat*innen in fachpolitischen Debatten und Gesetzgebungsverfahren ist, dass die Perspektive der jungen Menschen und Eltern mit Jugendhilfeeferfahrungen bisher wenig bis gar nicht einbezogen wird. Dies wird besonders im Hinblick auf die Partizipation von jungen Menschen und Eltern in Austauschformaten und Anhörungen des Deutschen Bundestages und des BMFSFJ ersichtlich. 2016 richtete das BMFSFJ ein Hearing mit Careleaver*innen aus und 2021 lud Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses FSFJ im Deutschen Bundestag) zusammen mit Frau Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz junge Menschen und Eltern mit Erfahrungen in der „Heimer-



„Auf geht’s!“ Gruppenbild am Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag.

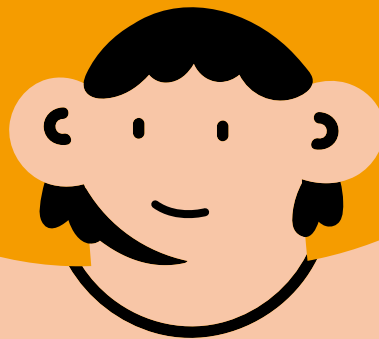
ziehung“ in den Bundestag zu einem Hearing ein. Diese Formate haben Austausch über und Einblicke in die Lebensrealität junger Menschen und Eltern mit Erfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe mit Abgeordneten des Bundestages und des BMFSFJ ermöglicht und ein Lernen voneinander gefördert. Der Auftrag und Anspruch Politik und gesetzliche Rahmungen im Sinne und unter Einbeziehung der Bürger*innen zu gestalten wird somit aufgegriffen. Diejenigen, die von gesetzlichen Bestimmungen in ihrem Alltag massiv betroffen sind – wie in den Hilfen zur Erziehung – sollten mit ihrer Expertise angehört und einbezogen werden. Diesen Impuls hat das BMFSFJ im aktuellen Reformprozess für ein inklusives Kinder- und Jugendhilfegesetz aufgegriffen und erstmals junge Menschen und Selbstvertretungen in einer eigenen Säule, dem „Selbstvertretungsrat“ in den Prozess einbezogen.

Das Hearing als Scharnier zwischen Adressat*innen und Fachpolitik

Das Format des Hearings hat sich zu den o.g. Themen als Vermittlungsformat zwischen der Lebensrealität und den Erfahrungen von jungen Menschen sowie Eltern und den verantwortlichen Fachpolitiker*innen des Bundestages sowie Vertreter*innen des BMFSFJ bewährt. An diese Erfahrung konnte auch das Hearing am 27. November 2023 im Deutschen Bundestag anschließen. Auf Einladung von Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses FSFJ im Deutschen Bundestag) kamen zum Hearing „Listen to us!“ Hearing mit jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern in der Pflegekinderhilfe. Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland“ 20 junge Menschen, Eltern und Pflegeeltern aus ganz Deutschland für den Austausch mit Abgeordneten in den Bundestag nach Berlin.

Das Hearing sollte den direkten Austausch in unterschiedlichen Formaten zwischen jungen Menschen, Eltern, Pflegeeltern und Politiker*innen ermöglichen, damit alle Teilnehmer*innen ins direkte Gespräch kommen konnten. Gleichzeitig sollten die Erfahrungen und Forderungen, die in der Vorbereitung mit den Teilnehmer*innen intensiv erarbeitet wurden, nicht nebeneinander stehen bleiben, sondern auch gemeinsame Anliegen an die Politiker*innen herangetragen werden. Die Vorbereitung – aber auch das Hearing zur Weiterentwicklung der Heimerziehung 2022 – zeigte eindrucksvoll, dass viele Themen und Forderungen für die Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe zugleich von Jugendlichen, Careleaver*innen, Eltern und Pflegeeltern mit unterschiedlichen Akzentuierungen benannt wurden. Dem folgend gliederte sich das Hearing in zwei sich aufeinander beziehende Veranstaltungsformate: Am Vormittag haben sich in Form eines Workshops vier Gruppen („Jugendliche“, „Careleaver*innen“, „Eltern“ und „Pflegeeltern“) zu Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen ausgetauscht (siehe Seite 5). Am Nachmittag lud die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern zu einem Fachgespräch ein, bei dem vor allem gemeinsame Themen und Anliegen im Plenum mit den Abgeordneten diskutiert wurden.

**Come in touch:
Workshop mit jungen
Menschen, Eltern und
Pflegeeltern sowie
Abgeordneten**



Programmablauf



Begrüßung (Video)

Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ)

Dialogforum Pflegekinderhilfe – Ein kurzer Überblick

Josef Koch (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)

Einblicke in die „Pflegekinderhilfe“

vier Runden als direkte Tischdiskussionen, jeweils 20 Minuten

- ▶ Austausch mit Jugendlichen (Moderation: Wolfgang Schröer)
- ▶ Austausch mit Careleaver*innen (Moderation: Melanie Overbeck)
- ▶ Austausch mit Eltern (Moderation: Katrin Behrens)
- ▶ Austausch mit Pflegeeltern (Moderation: Anke Willemer)

What To-do? Statements von Politiker*innen

Moderation: Josef Koch (IGfH)

Um den direkten Austausch zwischen jungen Menschen, Eltern, Pflegeeltern und Fachpolitiker*innen zu ermöglichen wurde zu Beginn des Hearings im Rahmen eines Workshops mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Ulrike Bahr und Ausschussmitgliedern sowie Vertreter*innen des BMFSFJ in den Gruppen „Jugendliche“, „Careleaver*innen“, „Eltern“ und „Pflegeeltern“ an Tischen diskutiert. Der Workshop am Vormittag wurde von Frau Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz mit einem herzlichen Grußwort eröffnet, in dem sie verdeutlichte, dass die Politik vom Austausch mit den Bürger*innen lebe und sie sich daher besonders über das Hearing mit jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern freue. Frau Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz bezog sich auch auf das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das im Juni 2021 in Kraft getreten ist und die Rechte von jungen Menschen und Eltern nachhaltig stärken soll, was nun gemeinsam mit den jungen Menschen auch in der Praxis verwirklicht werden müsse. Anschließend sagte Josef Koch kurz etwas zur Rahmung des Hearings in der Initiative „Dialogforum Pflegekinderhilfe“ und hob hervor, dass die Beteiligung von jungen Menschen in die Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe auch im Dialogforum als wesentlich diskutiert wurde.

Der direkte Austausch zwischen den Teilnehmenden wurde in den vier Gruppen gestaltet. Die Adressat*innengruppen hatten so die Möglichkeit aus ihrer spezifischen Sichtweise als „Jugendliche“, „Careleaver*innen“, „Eltern“ oder „Pflegeeltern“ mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Hierfür hatten die Gruppen Forderungen vorbereitet. In vier Runden zu je 20 Minuten konnte über die jeweiligen Erfahrungen und Forderungen gesprochen werden. Die Diskussionszeiten waren sehr intensiv und oft zu kurz. Die Teilnehmer*innen hatten sich intensiv auf dieses Hearing vorbereitet und eine Fülle an Forderungen für die Politiker*innen mitgebracht, die sich sehr interessiert gezeigt haben und den persönlichen Austausch wertschätzten.

Junge Menschen in Pflegefamilien. Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Jugendlichen

Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, haben aus ihrem Alltag im Familienausschuss des Bundestages berichtet: Der Alltag der jungen Menschen wurde in diesem wichtigen Gremium zum ersten Mal sichtbar und es wurde erkannt, wie dieser politisch mitverantwortet wird. Der Alltag der jungen Menschen wird durch Entscheidungen im Bundestag – so z.B. zu ihren Rechten in der Kinder- und Jugendhilfe oder in Bezug auf BAföG – grundlegend mitgestaltet. Darum ist es wichtig, dass gesehen wird, was dies für den Alltag der jungen Menschen bedeutet. Die folgenden Punkte wurden von den jungen Menschen für die weitere Diskussion herausgestellt:

1. Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, sind zuallererst junge Menschen mit Interessen wie alle anderen jungen Menschen auch. Sie sind nicht „Pflegekinder“. Sie brauchen die Möglichkeiten und auch Geld, um ihre soziale Teilhabe und Freizeit so selbstbestimmt wie möglich gestalten zu können.
2. Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, wollen eine gleichberechtigte Bildung und Ausbildung. Sie wollen die gleichen Bildungschancen haben. Wie in den Schulen und Bildungs- sowie Ausbildungseinrichtungen über sie gesprochen wird, sollte vor allem mit ihnen besprochen werden.
3. BAföG auch für Schüler*innen sollte den jungen Menschen ausgezahlt werden, die Kostenheranziehung sollte auch beim BAföG abgeschafft werden. Zudem sollte BAföG für alle jungen Menschen, die durch die Kinder- und Jugendhilfe begleitet werden, elternunabhängig sein.
4. Taschengeld ist kein Erziehungsmittel. Es besteht ein Recht auf Taschengeld. Sätze sollten transparent und einheitlich geregelt werden. Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, sollten ihr eigenes Konto haben – niemand sollte auf ihr Geld zugreifen können.
5. Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, sollten mehr und regelmäßig über ihre Rechte aufgeklärt werden. Sie sollten verlässliche Ansprechpersonen, auch außerhalb der Pflegefamilien haben. Alle Entscheidungen sollten nur mit ihnen getroffen werden.
6. Gerade in den Jugendämtern brauchen die jungen Menschen verlässliche und dauerhafte Ansprechpersonen. Es gibt zu viele Wechsel und es mischen sich zu viele Personen in ihr Leben ein. Hilfeplangespräche sollen regelmäßig stattfinden und Anträge schneller bearbeitet werden. Entscheidungen müssen transparenter sein und Diagnosen erklärt werden. Warum was entschieden wird, muss für die jungen Menschen nachvollziehbar werden.
7. Wenn Entscheidungen getroffen und ausgehandelt werden, findet dies zu häufig unter den Erwachsenen statt. Die jungen Menschen sind mitunter die letzten in der Entscheidungskette – auch in Terminplanungen, sie müssen Termine akzeptieren, z.B. mit Eltern, die nicht in ihren Plan passen.
8. Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, müssen Angebote bekommen, um sich auch mit anderen jungen Menschen, die in Pflegefamilien leben, treffen zu können. Geschwisterbeziehungen müssen insbesondere gepflegt werden können. Soweit möglich, sollten Geschwister zusammen leben.

Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, sind junge Menschen mit eigenen Rechten, die gestärkt werden müssen. Sie wollen nicht um eine bessere Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe und für Pflegefamilien kämpfen müssen. Sie wollen gleichberechtigte Chancen und eine Kinder- und Jugendhilfe, die sie verlässlich, nachvollziehbar und fair unterstützt, da diese soziale Verantwortung für ihr Leben übernommen hat.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Forderungen von Jugendlichen

Es braucht feste eigene Ansprechpartner*innen im Jugendamt und bei dem begleitenden Träger.

Informiert uns, nicht ohne uns, über unsere Köpfe hinweg!

Bei Umzug der Pflegefamilie muss geklärt sein, dass die Angebote der Jugendhilfe vor Ort genutzt werden können.

Es braucht eine bessere Ausstattung des Jugendamtes/der Fachkräfte.

Bildungs- und Perspektivplanung mit den jungen Menschen zusammen gestalten.

Kinderrechte vor die Elternrechte!

Eine hohe Qualität und Begleitung der Pflegefamilien ist zu gewährleisten, dies verhindert auch Wechsel von Pflegefamilien.

Besuchskontakte mit uns zusammen planen und gestalten!

Ausbildungs- und Schüler*innen BAföG direkt an die jungen Menschen auszahlen!

Es darf keinen Druck geben, schnell mit der Schule fertig zu werden! Der höchste Schulabschluss ist anzustreben!

Akteneinsicht ermöglichen und transparenter gestalten!

Der Anteil des Pflegegeldes, der für die Pflegekinder selbst ist, sollte auch bei den Pflegekindern ankommen.



Es braucht Vorschriften und Verfahren, wie die Anliegen junger Menschen gehört werden!

Es braucht Austauschräume und Selbstvertretungen von Pflegekindern!

Junge Menschen brauchen mehr Geld für Freizeitaktivitäten, das direkt an die Jugendlichen geht.

Ausbildungsgeld direkt auf unsere Konten, Eltern sollten nicht auf unser Geld zugreifen dürfen!

Vertraulichkeit im Jugendamt und in der Schule muss gewährleistet werden! Wir müssen wissen, was mit dem Gesagten weiter passiert.

Es braucht kindgerechte und schnelle Verfahren! Es dauert ewig, bis etwas entschieden ist und viel Bürokratie.

Es braucht die Möglichkeit vertrauliche Gespräche „unter vier Augen“ zu führen, zwischen jungen Mensch und Jugendamt – möglicherweise vor dem Hilfeplangespräch.

Bessere Aufklärung der Öffentlichkeit – auch in der Schule – über die Pflegekinderhilfe!

Wir brauchen mehr Unterstützung im Alltag, etwa durch eine Vertrauensperson, Ansprechpartner*in, Angebote für uns, für Pflegeeltern und Eltern.

Bessere und eigenständige Angebote für Kinder und Jugendliche bundesweit!

Mehr Unterstützung in der Schule und Schulbegleitung!



Anna Kücking

Jana Paul

Lea Dankowski

Anke Hennig, MdB

Ulrike Bahr, MdB

Leaving Care – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von jungen Erwachsenen

Rechtsstatus Leaving Care! Diese Forderung hat die Gesprächsrunde der Careleaver*innen am Vormittag sicherlich maßgeblich geprägt. Und das verwundert nicht. Denn ein eigenständiger Rechtsstatus Leaving Care steht gleichermaßen für eine Vielzahl von Verbesserungen. Ob elternunabhängiger Bezug von Sozialleistungen wie dem Bürgergeld oder BAföG; ob vereinfachte und beschleunigte Antragsverfahren, Wegfall der Unterhaltsverpflichtungen gegenüber leiblichen Eltern oder Unterstützung bei der Wohnungssuche: Jeder der genannten Punkte könnte bereits für sich gesehen dazu beitragen, die strukturellen Benachteiligungen, denen junge Menschen nach dem Verlassen der stationären Jugendhilfe oder Pflegefamilie ausgesetzt sind, nachhaltig abzumildern. Zusammengefasst unter einem Rechtsstatus Leaving Care bedeuten sie für Careleaver*innen eine echte Chance auf einen Übergang in ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Daher war dies sicherlich die zentrale Forderung in der Gruppe.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt war das Thema Dokumentation. So haben die Careleaver*innen in den Gesprächsrunden verdeutlicht, welche enorme Bedeutung das Recht auf Akteneinsicht für ihre Biographiearbeit und damit nicht zuletzt für ihre Identitätsbildung hat. Beispiele aus den eigenen Erfahrungen haben dabei verdeutlicht, dass ein gar nicht oder schlecht geregelter Umgang mit dem Recht auf Akteneinsicht zu einer zusätzlichen Belastung bis hin zur Retraumatisierung führen kann. Angefangen beim Inhalt der Dokumentation bis hin zur Akteneinsicht durch die Betroffenen besteht noch viel Regelungsbedarf: Welche Fakten – und Perspektiven – müssen in einer Dokumentation zwingend enthalten sein? Wie lange müssen die Informationen aufbewahrt werden? In welcher Form und in welchem Rahmen erhalten die Betroffenen Akteneinsicht? Für viele dieser Fragen gibt es keine einheitlichen Regelungen, sodass die Handhabung bundesweit erheblich unterschiedlich ist und damit – wie so oft – abhängig von der jeweils zuständigen Sachbearbeitung.

Neben diesen beiden Hauptthemen haben wir über die Bedeutung einer stärkeren Ressourcenorientierung in der Jugendhilfe diskutiert, auf das Erfordernis einer Vertrauensperson für junge Menschen außerhalb des Jugendhilfesystems hingewiesen und die sicherlich wirkungsvollste Form der Unterstützung für junge Menschen hervorgehoben: Die Prävention. Denn wenn wir den Begriff „Hilfen zur Erziehung“ ernst nehmen und Eltern deutlich stärker bei der Erziehung und Versorgung ihrer Kinder unterstützt werden, dann könnten nicht nur die Anzahl der Inobhutnahmen verringert werden; viele Problemstellungen, die mit dem Aufwachsen in staatlicher Obhut einhergehen, würden sich dadurch zugleich von selbst erledigen.

Insgesamt haben wir in dieser Gruppe die Gesprächsatmosphäre als sehr offen, interessiert und zugewandt wahrgenommen. Die Teilnehmer*innen zeigten nicht nur großes Verständnis für die Sorgen und Nöte, mit denen Careleaver*innen nach dem Verlassen der Jugendhilfe konfrontiert sind, sondern waren auch an konkreten Lösungsvorschlägen interessiert. Spätere Rückmeldungen haben gezeigt, dass dabei insbesondere die Forderung nach einem eigenständigen Rechtsstatus Leaving Care auf großes Interesse gestoßen ist. Insgesamt war es ein sehr intensiver, vor allem aber sehr konstruktiver Vormittag, der die teilnehmenden Careleaver*innen in ihrem Gefühl bestärkt hat, dranzubleiben und ihre Forderungen konsequent weiterzuerfolgen.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Dr. Melanie Overbeck

Forderungen von Careleaver*innen

Adressat*innenorientierte Verfahren
(z. B. einfachere Sprache, Transparenz)!

Rechtsstatus Leaving Care (elternunabhängige Leistungen, zentrale Anlaufstelle für Beantragung von Leistungen, Unterstützung bei Wohnraumsuche, vereinfachte und beschleunigte Antragsverfahren, keine Pflegekosten für leibliche Eltern).

Aufklärung über rechtliche und finanzielle Ansprüche!

Flexiblere Ausgestaltung der Zuständigkeit des Jugendamtes/des Vormundes – keine Wechsel bei Umzug der leiblichen Eltern.

Mehr Finanzmittel in der Pflegekinderhilfe für bessere Angebote!

Unterstützung der Herkunftsfamilie („Hilfe zur Erziehung“ ernst nehmen), um Inobhutnahme zu vermeiden bzw. Rückführung zu ermöglichen.

Akteneinsicht ermöglichen! Dokumentation verpflichtend sichern und strukturell zur Verfügung stellen (inkl. Aufklärung über Akteneinsichtsrecht).

Dokumentation aus Sicht der Kinder – Aktenführung nicht über, sondern für das Kind und mit dem Kind.

Finanzielle Bildung fördern (Erbrecht, Steuern, Versicherung)!

Stärkere Ressourcenorientierung – Ressource nicht als „Strafe“, sondern als Fähigkeit verstehen!



Jugendliche geben Einblicke. Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.

Berücksichtigung der verschiedenen Lebensrealitäten/Mehrfachidentitäten (z. B. aus geographischer und kultureller Herkunft ergeben sich auch verschiedene Erfahrungen und Fähigkeiten).

Austauschformate für Pflegekinder anregen und fördern!

Bestimmung einer Vertrauensperson außerhalb des Jugendhilfesystems (Beteiligung des Kindes bei der Auswahl).

Pflegefamilie als persönlicher Lebensraum und nicht als bürokratisch-institutionelle Öffentlichkeit verstehen!

Stärkere Kooperation mit anderen Institutionen und Akteur*innen (Schule, Vereine etc.), Lebensräume auch außerhalb von Pflegefamilie und Schule schaffen.

Stärkung der Geschwisterbeziehung!

Anerkennung und Akzeptanz unterschiedlicher, auch nicht-klassischer Familienformen!

Eltern in der Pflegekinderhilfe.

Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Eltern

Eltern haben eine eigene Stimme

Erstmals wurde auch Eltern von Pflegekindern die Möglichkeit gegeben, ihre Perspektive auf das „Zwei-Familien-System“ zu schildern, auf das sie sich eingelassen haben, nachdem entschieden wurde, dass ihr Kind in einer Pflegefamilie betreut werden soll. Zu diesem System gehören sie dazu und es gilt, für sie einen angemessenen Platz in der Hilfeplanung zu bereiten.

Eltern können sich ändern

Das Hearing hat gezeigt, dass sich Eltern wünschen, nicht mit einem Stempel markiert zu werden, der für alle Zeit die Sicht auf sie als Person dominiert und verstellt. Sie wünschen sich, dass auch positive Veränderungen wahrgenommen werden und sie als gleichwürdige Gesprächspartner*innen angenommen werden. Neben der Akzeptanz der eigenen Person wünschen sich Eltern mehr Aufklärung über die Situation ihres Kindes in seinem neuen Umfeld und über die konkreten Möglichkeiten der Hilfeplanung, um in die Lage versetzt zu werden, mitdenken und mitreden zu können. Anderenfalls sehen sie häufig keinen anderen Weg als sich mittels eines Anwalts Gehör zu verschaffen. Ist eine Zusammenarbeit und offene, direkte Kommunikation zwischen Pflegeeltern, Eltern und dem Jugendamt überhaupt erlaubt oder erwünscht? Hier verspüren Eltern eine große Unsicherheit. Vertrauen in das System der Jugendhilfe ist schwer aufzubauen, wenn Informationen fehlen oder vorenthalten werden oder ungleich unter den Beteiligten verteilt sind.

Hilfeplan als ständige Prüfung

Eltern fühlen sich im Hilfeplanprozess einer ständigen Prüfung unterzogen und haben den Eindruck, dass es zu viel um ihre Fehler und Schwächen geht und zu wenig darum, wie sie sich gut und passend bei der Suche nach den bestmöglichen weiteren Schritten mit einbringen können.

Es stellt sich für die Eltern die Frage, ob sie hier von dem anfänglichen Stigma überhaupt wegkommen können und ob man bei einer ehrlichen Betrachtung der Möglichkeiten auf Seiten der Eltern wie auch der Pflegeeltern nicht eine noch bessere Hilfeplanung für das Kind hinbekommen könnte. Aus Sicht der Eltern können Loyalitätskonflikte nicht nur durch sie, sondern auch durch die Pflegeeltern verursacht werden und sie wünschen sich mehr Unterstützung, um diesen Konflikt, der nicht nur das Kind, sondern auch sie schwer belastet, zu überwinden.

Rückführung darf nicht tabuisiert werden

Rückführung im Hilfeverlauf zu thematisieren, bedeutet nicht zwangsweise, immer auch eine Rückführung anzustreben. Der Vorbehalt von Eltern, die sich nicht trauen, Rückführung anzusprechen, wie der von Pflegeeltern, die Rückführung als stetes Damoklesschwert wahrzunehmen, belastet die Kommunikation. Hier muss von den Fachkräften ein ausreichend großer Gesprächsraum geboten werden, in dem Vorbehalte, Wünsche und Bedürfnisse beider Seiten einen Platz finden und eine klare Entscheidung gefällt werden kann.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Katrin Behrens und Silvia Haßmann-Vey

Forderungen von Eltern

Keine leeren Versprechungen mehr!

Veränderung der Menschen muss wertgeschätzt werden! Sie sollten nicht nach Akten, sondern danach beurteilt werden, wie sie jetzt auftreten.

Am Ende des Tages sind und bleiben wir die Eltern und haben das Recht auf Mitsprache! Das muss laufen!

Wir bräuchten viel mehr Werbung und Ausbildung für die Pflegeeltern – aber auch Fortbildung für die Eltern! Sodass, wenn sie überfordert sind, sich was verändern kann.

Es muss mehr drauf geguckt werden, wie es bei den Kindern steht, dass die da gut draus hervorgehen können und bekommen, was sie brauchen (beispielsweise Therapie).

Insgesamt muss die Lobby für Kinder viel besser werden. Dass die nicht als störend empfunden werden, sondern beachtet werden, so wie sie sind.

Rückführung darf kein Tabu sein!

Mehr Schulung für das Personal im Jugendamt, damit sie die heutige Generation mit Mitgefühl betrachten können.

Mehr Geld für Personal in den Jugendämtern!

Die Kinder dürfen in diesem ganzen „Bürokratie-Scheiß“ nicht verloren gehen.

Dass die Pflegeeltern viel mehr Unterstützung bekommen müssen, um die Kinder auch besser unterstützen zu können.

...

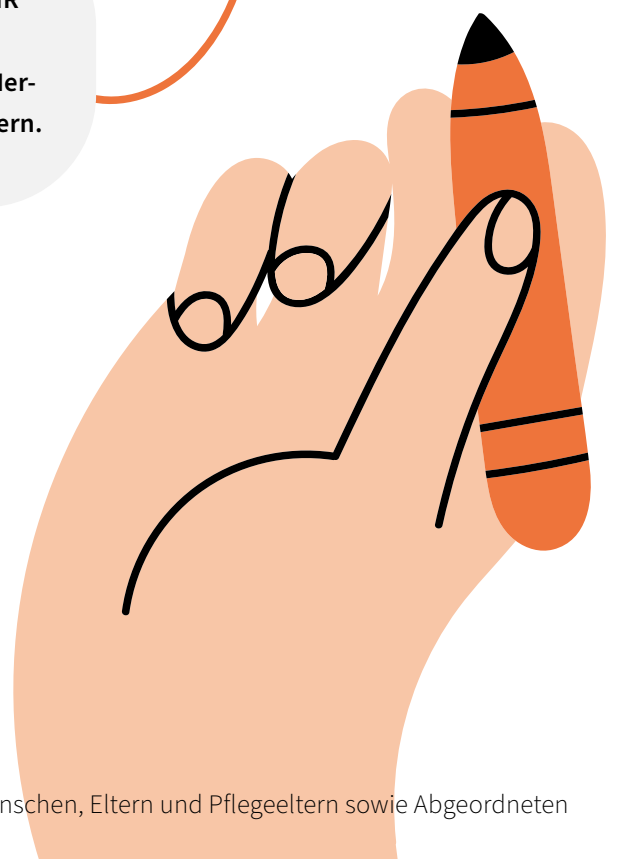
Könnte man die Hierarchien auf der Seite des Amtes – Amt, Vormund, Pflegefamilie usw. – nicht abbauen oder individueller gestalten, wer was entscheiden muss. Damit es schneller gehen kann? Es stagniert immer, wenn keiner da ist, der das momentan entscheiden kann.

Es gibt viele Angebote für Pflegeeltern, aber es müsste genauer geprüft werden und auch viel härter durchgegriffen werden, bspw. wenn sie Dinge nicht umsetzen, die verlangt sind (Besuchstermine, Auskunftspflicht und anderes).

Fälle müssen individuell betrachtet werden – es geht nicht, dass man aus einem bestimmten Bild nicht mehr herauskommt, wenn der Hintergrund inzwischen ganz anders ist, als es zunächst anfangs aussah.

Vielleicht müssen Pflegeeltern **NOCH MEHR** geschult werden. Auch sie scheitern oft genug an den Mühlen der Behörden und Herausforderungen im Umgang mit den Kindern.

Eltern wollen immer schnell informiert werden, wenn Sachen anstehen, die sich bei den Kindern ändern.



Pflegeeltern in der Pflegekinderhilfe. Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Pflegeeltern

Die Pflegeeltern haben in vorbereitenden Sitzungen ihre Forderungen an die Politiker*innen zusammengestellt. Es wurde sehr deutlich, dass sie dem Kind eine Familie bieten und ihm dadurch die besten Entwicklungschancen ermöglichen wollen. Sie berichteten aber auch über Erfahrungen, die es ihnen erschweren, sich mit voller Kraft dem Kind widmen zu können. Ebenso würden sie gerne uneingeschränkt „Werbung“ für andere Menschen machen wollen, die überlegen, ein Pflegekind aufzunehmen. Es wird ein großes Potenzial darin gesehen durch gute Strukturen und positive Beispiele weitere Pflegeeltern zu akquirieren. Es stellten sich drei große Oberthemen heraus, die beim Hearing angesprochen, diskutiert und mit konkreten Forderungen hinterlegt wurden:

Strukturen in der Pflegekinderhilfe

Die Pflegeeltern fordern strukturelle Veränderungen, um Familien dazu zu motivieren, ein Kind bei sich aufzunehmen. Dazu gehören eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und Pflegekinderdienste mit ausreichendem Personal, angepasster Fallzahl und einen Einbezug der Pflegeeltern bspw. bei gerichtlichen Entscheidungen. Die Pflegeeltern beklagen eine schlechte Erreichbarkeit und/oder unklare Zuständigkeiten beim Jugendamt ebenso wie die starke Fluktuation der Fachkräfte. Eine Beziehungsarbeit zu den Kindern durch die Fachkräfte ist so nur schwer möglich. Die Belastung der Pflegeeltern ist dadurch enorm. Auch wollen sie von den Fachkräften als Expert*innen für die Kinder wahrgenommen werden und wünschen sich eine Begegnung auf Augenhöhe. Die Zeit, die ein Kind in der Bereitschaftspflege verbringt, ist zu lang. Die Kinder binden sich emotional, im Gegensatz zu Bereitschaftspflegepersonen, die sich wiederum nur vorsichtig einlassen- in dem Wissen, dass die Kinder jederzeit wieder gehen können. Hier gilt es gegenzusteuern, die Verweildauer kurz zu halten und die Perspektivklärung zu beschleunigen und außerdem die Bereitschaftspflegefamilien weiter zu schulen und zu professionalisieren, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Finanzen

Pflegeeltern sind auch auf finanzieller Ebene herausgefordert. Sie müssen eine intensive Anbahnung leisten können. Der emotionale und zeitliche Anspruch wird derzeit noch nicht berücksichtigt. Eine Art „Mutterschutz“-Zeit für Pflegeeltern, die finanziert wird, ist deshalb eine Forderung der Pflegeeltern. In den meisten Kommunen wird noch kein Elterngeld gezahlt. Daher können es sich viele Pflegeeltern nicht leisten, ein Kind aufzunehmen, weil die finanziellen Rücklagen nicht ausreichen und es auch als eine gesellschaftliche Ungerechtigkeit empfunden wird, kein Elterngeld zu bekommen. Pflegeeltern arbeiten oftmals in Teilzeit, um den Bedarfen des Pflegekindes gerecht zu werden. Das resultiert in geringeren Rentenbeiträgen. Insbesondere die Bereitschaftspflege ist hiervon betroffen, deren Rentenbeiträge derzeit privat gezahlt werden müssen.

Unterstützung für die Pflegekinder

Pflegeeltern stellen die Sorge und die Fürsorge für ihre Pflegekinder in den Vordergrund. Sie erleben lange Wartezeiten für Gutachten, Therapien, Diagnostik und Anträge auf Schulbegleitung. Eine bevorzugte Behandlung von Pflegekindern könnte Entwicklungsverzögerungen und Krankheitsverschärfungen verringern. In den begleitenden Institutionen wie Kindergärten und Schulen sowie in der Gesellschaft gibt es zu wenig Wissen über Pflegekinder. Dadurch werden diese stigmatisiert und nicht angemessen betreut. Eine mediale tendenziell auf Skandale ausgerichtete Berichterstattung erschwert zusätzlich die individuelle Begleitung. Die Pflegeeltern fordern eine Imagekampagne, um über die Pflegekinderhilfe aufzuklären und Vorurteilen entgegenzuwirken.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Anke Willemer und Judith Pöckler-von Lingen (aus der Vorbereitung)

Forderungen von Pflegeeltern

Bessere Rahmenbedingungen für Pflegeeltern schaffen (z.B. Zahlung des Elterngeldes, Altersvorsorge, Entlastungsangebote), auch weil „Mund zu Mund Propaganda“, die erfolgreichste Akquisestrategie ist, um neue Zielgruppen zu erreichen.

Altersvorsorge, insbesondere in der Bereitschaftspflege verbessern und damit drohende Altersarmut vermeiden.

Höhere Wertschätzung der Pflegeeltern und Einbeziehung (als Expert*innen für das Kind) im Hilfeprozesses auf Augenhöhe!

Interessensvertretung von Pflegeeltern insbesondere bei der Initiierung unterstützen!

Angemessene Ressourcen für die professionelle Begleitung der Besuchskontakte in attraktiv ausgestatteten Räumen.

Ressourcen für gute Begleitung aller Beteiligten (Pflegeeltern, Eltern, Kinder und Jugendliche) stärken!

„Mutterschutzzeit“ für Pflegeeltern für die Anbahnung des Pflegeverhältnisses einführen!

Bundesweit die Möglichkeiten des Austausches zwischen den Pflegeeltern durch verbindliche Angebote schaffen (Supervision, Gruppenangebote, Krabbelgruppe, Angebote für alleinerziehende Pflegeeltern).

Gute und professionelle Beratung und Begleitung der leiblichen Eltern zum Gelingen des Pflegeverhältnisses und zur Entlastung des Kindes.

Beteiligung der Kinder bei der Ausübung der Umgänge, damit diese vorrangig am Wohl und Willen des Kindes orientiert werden.

Bessere Information und Fortbildungen für alle das Pflegekind betreffende Menschen (Lehrer*innen, Erzieher*innen, etc.) um ggf. das Verhalten besser einordnen zu können (PTBS, FASD etc.).

Bessere Informationen über das Kind im Vorfeld der Unterbringung!

Abschaffung der Kostenheranziehung für alle Pflegekinder!

Möglichkeit der testamentarischen Festsetzung, dass die Pflegekinder (oder ehemalige) wie leibliche Kinder im Erbschaftsrecht behandelt werden.

Keine willkürliche Umwandlung von Bereitschaftspflege in Vollzeitpflege aufgrund der Dauer der Unterbringung.

Pflegekinder müssen ein vorrangiges Recht auf Schulbegleitung, einen Kitaplatz, einen Therapieplatz und auf eine zügige Diagnostik haben, um Teilhabe zu gewährleisten und Pflegeeltern zu entlasten.

Bessere Ausstattung der Jugendämter und Fachdienste (Absenkung der Fallzahlen, bessere Bezahlung), um eine gute Beratung und Unterstützung zu gewährleisten. Kontinuität der Zuständigen sichern.

Bessere Aufklärung der Pflegeeltern über ihre Rechte!

Einheitliche Ausführung des SGB VIII und einheitliche Qualitätsstandards bundesweit!

Höhere gesamtgesellschaftliche Präsenz des Themas „Pflegekinderhilfe“ durch z. B. eine bundesweite Kampagne, um mehr Menschen als Pflegeeltern zu gewinnen.

What To-do?

Statements von Politiker*innen

Josef Koch lud die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter*innen – die teilweise auch an dem Hearing teilnahmen – ein, ihre Eindrücke von den Gesprächen zu teilen. Gefragt wurde auch, was sie sich auf ihrem „To-Do-Zettel“ notiert haben.

Ulrike Bahr (MdB, SPD) zeigte sich beeindruckt von den Gesprächen und wie sehr sich alle aufeinander bezogen haben. Sie erklärte, dass sie viel von den vielen Gesprächen mitnehmen werde und hob hervor, dass Transparenz für alle zentral ist und hier Weiterentwicklungen notwendig sind. Weiterhin erklärte Sie, dass Sie die Hinweise auf die Akten und Berichte über die jungen Menschen mitnehme, denn es ist wichtig zu wissen, was in der eigenen Akte steht. Akteneinsicht dürfe nicht verwehrt werden.

Anne Dahlbüding (Referentin im BMFSFJ) bedankte sich für die große Offenheit und die vielen sehr privaten Geschichten. Sie erklärte dazu: „Es ist so wichtig mit Ihnen ins Gespräch zu kommen“. Sie zeigte sich überrascht, wie fern die Praxis von der Gesetzeslage ist. Auffällig fand sie, dass in allen Gruppen deutlich wurde, dass Hilfesprache fehlen, die Aufklärung über die Rechte verbessert werden müssen und es mehr Transparenz über Entscheidungen im Jugendamt braucht. Anne Dahlbüding verdeutlichte auch, dass das Problem des Fachkräftemangels, das in vielen Gesprächen angesprochen wurde, auch der Bundesregierung bekannt sei und an Lösungen gearbeitet wird. Das Thema wird auf der Abschlussveranstaltung zur Reformdiskussion „Gemeinsam zum Ziel“ am 19. Dezember 2023 diskutiert. Sie wird die Hinweise und Forderungen mit ins BMFSFJ nehmen und ausführlich mit Frau Dr. Heike Schmid-Obkirchner besprechen.



Begrüßung und Videobotschaft von Frau Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz.



Anne Dahlbüding (BMFSFJ) und Luise Pfütze (Mitarbeiterin von Denise Loop, MdB, Bündnis 90/Die Grünen) mit Careleaver*innen.

Luise Pfütze (wissenschaftliche Referentin von Denise Loop, MdB, Bündnis 90/Die Grünen) hob in ihrem Redebeitrag hervor, dass es an finanziellen und personellen Ressourcen mangle und sich daraus viele Problematiken ergeben. Der Austausch heute habe ihr wieder gezeigt, dass die Praxis und die gesetzlichen Grundlagen und Aufträge an vielen Stellen auseinander liegen und das muss angegangen werden. Die Vorverurteilungen und Stigmatisierungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen abgebaut werden, es darf nicht zu Annahmen über Personen kommen, die nichts mit der Realität zu tun haben. Luise Pfütze wird ihre Eindrücke vom Workshop intensiv mit Denis Loop (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) besprechen.

Charlotte Ottensmeier (Büroleiterin von Anke Hennig, MdB, SPD) zeigte sich von der Vielschichtigkeit der Forderungen beeindruckt und nimmt die vielen Verbesserungsvorschläge mit. Sie wird Anke Hennig (MdB, SPD) von dem intensiven Austausch berichten. Charlotte Ottensmeier erklärte noch, dass es Anke Hennig ein großes Anliegen sei, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden, da auch dies einen konkreten Impuls für die Stärkung der Kinderrechte darstelle.

Nach den Rückmeldungen der Abgeordneten und Mitarbeiter*innen wurde den jungen Menschen und Eltern nochmal die Möglichkeit gegeben, sich zu den Statements zu äußern.

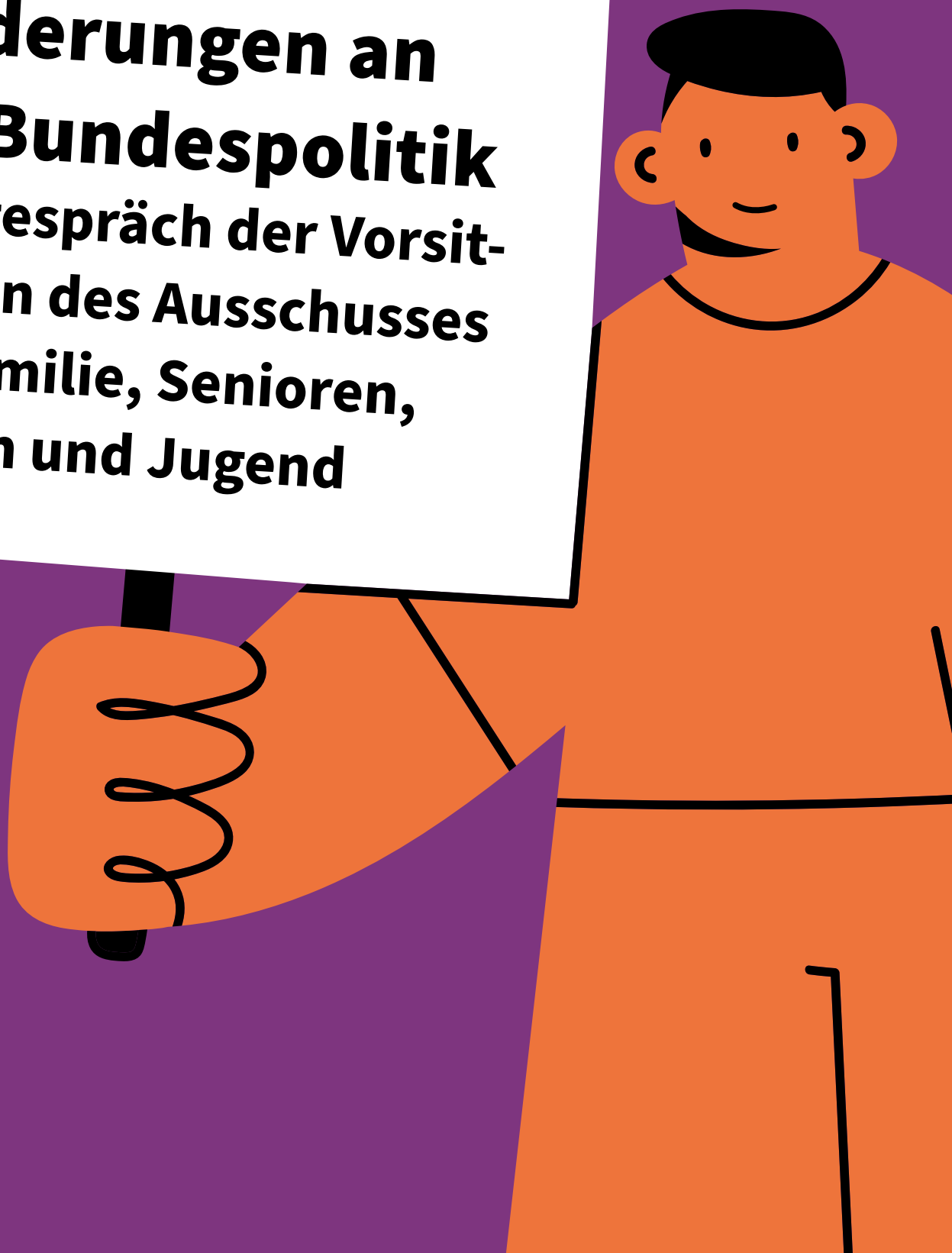
- ▷ **Steven Giese (Jugendlicher)** erklärt, dass die Vorbereitung mit allen Teilnehmer*innen ganz toll war und er freut sich, dass alle mit dabei waren. Er bedankt sich auch bei den Abgeordneten und Mitarbeiter*innen, die diese vielen Themen mitnehmen.
- ▷ **Jetemira Klar (Careleaver e.V.)** dankt den Anwesenden und dass die Abgeordneten und Mitarbeiter*innen ihnen eine Stimme gegeben haben bzw. ihre Stimmen gehört haben.
- ▷ **Amina Angelika Busch (Jugendliche)** dankt auch allen Teilnehmer*innen für die Teilnahme, das war heute für sie eine große Bereicherung.
- ▷ **Alessandra Salatino (Pflegeelternrat)** findet es wichtig, dass es solche Austausche zwischen Politik und der Realität von Pflegeeltern, jungen Menschen und Eltern gibt. Es bräuchte mehr solcher Austauschformate.





Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.

**Impulse und
Forderungen an
die Bundespolitik**
Fachgespräch der Vorsit-
zenden des Ausschusses
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Programmablauf

Begrüßung

Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Impulse und Forderungen an die Bundespolitik

- ▶ Impulse von Jugendlichen
- ▶ Impulse von Careleaver*innen
- ▶ Impulse von Eltern
- ▶ Impulse von Pflegeeltern

Mit Rückfragerunden der Ausschussmitglieder

Was nimmt der Ausschuss mit? Wie kann es weitergehen?

Ulrike Bahr (Ausschussvorsitzende), zusammen mit Ausschussmitgliedern

// Ende des Hearings

An den direkten Austausch am Vormittag im Rahmen des Workshops „come in touch“ zwischen Abgeordneten, Mitarbeiter*innen und jungen Menschen, Eltern sowie Pflegeeltern in den Gruppen „Jugendliche“, „Careleaver*innen“, „Eltern“ und Pflegeeltern, schloss sich ein Fachgespräch mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages an. Junge Menschen und Eltern mit Erfahrungen in der Pflegekinderhilfe hatten somit erstmals in der Geschichte des Bundestages die Möglichkeit im Format des Hearings mit den Mitgliedern des Ausschusses in den direkten Austausch zu kommen.

In der Vorbereitung zum Hearing wurde deutlich, dass viele Erfahrungen geteilt und Anliegen – gewiss mit unterschiedlicher Akzentuierung – in allen Gruppen thematisiert wurden. In der Vorbereitung einigten sich die Teilnehmer*innen, vor allem ihre Sichtweisen und Forderungen zu den Themen Rechte junger Menschen stärken, Selbstbestimmung und Partizipation, bessere Ausstattung der Pflegekinderhilfe sowie bessere und schnellere Verfahren – weniger Bürokratie mit dem Ausschuss zu diskutieren.

Zum Ablauf: Eine Gruppe, z. B. Jugendliche, brachte eines der Themen ins Fachgespräch ein und stellte dabei die Erfahrungen und Forderungen aus der Sicht der Gruppe, hier der Jugendlichen, vor. Die anderen Bezugsgruppen ergänzten ihre Sichtweisen und Forderungen zu dem Thema. Die Ausschussmitglieder hatten anschließend die Möglichkeit Fragen an die Teilnehmer*innen zu richten und ins Gespräch zu kommen. Anschließend wurde von einer anderen Gruppe das nächste Thema eingebracht.

Rechte junger Menschen stärken!

Impulse und Forderungen von Jugendlichen

- ▶ Der höchstmögliche Schulabschluss muss angestrebt werden und dafür muss auch Nachhilfe gewährt werden! Immer noch werden junge Menschen vom Jugendamt dazu gedrängt, möglichst den Hauptschulabschluss anzustreben, damit die Jugendhilfe schnell beendet werden kann. Gleichzeitig wird hohe Schulbildung vom Jugendamt so interpretiert, dass die Jugendlichen aufgrund ihres Engagements und ihrer Selbstständigkeit keinen Jugendhilfebedarf mehr haben. Erfolgreiche Schulbildung darf nicht zu Verunsicherung führen, sondern sollte unterstützt werden.
- ▶ Abschaffung der Kostenheranziehung für alle! Jugendliche in Pflegefamilien werden bei der schulischen Ausbildung strukturell benachteiligt und die Abschaffung der Kostenheranziehung für sie nicht umgesetzt. Sie müssen zwar einen Antrag auf Schüler*innen BAföG stellen, aber das Geld wird mit dem Pflegegeld verrechnet und geht damit an das Jugendamt.
- ▶ Junge Menschen, sollten auch das Geld bekommen, das ihnen zusteht! Es gibt keine feste und einheitliche Regelung, wie viel Geld Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien erhalten. Viele Eltern geben den für die Kinder vorgesehenen Teil im Pflegegeld nicht weiter. Der Anteil, der im Pflegegeldsatz für die jungen Menschen vorgesehen ist, sollte direkt auf das Konto der Jugendlichen gehen.
- ▶ Eltern sollte der Zugang zu den Konten der Kinder verwehrt werden! Eltern haben Zugriff auf das Konto der Jugendlichen, wenn sie sorgeberechtigt sind und können auch über das Geld auf dem Konto verfügen, so zumindest die Erfahrung. Dies sollte geklärt und verhindert werden.

Impulse und Forderungen von Careleaver*innen

- ▶ Es braucht einen eigenen Rechtsstatus Leaving Care zur rechtlichen Entbindung von leiblichen Eltern und ihren Kindern in der Kinder- und Jugendhilfe! Junge Menschen haben aktuell lebenslang eine rechtliche Bindung zu Eltern und werden auch zu deren Unterhaltsicherung oder Pflege- oder Beerdigungskosten herangezogen. Weiterhin müssen Jugendliche in der Jugendhilfe und Careleaver*innen für Versicherung, BAföG-Anträge und Kindergeld zu ihren leiblichen Eltern unabhängig von der Beziehungsqualität und der gemeinsamen Geschichte Kontakt aufnehmen und sind von deren Mitwirkung abhängig.
- ▶ Es braucht ein uneingeschränktes Recht auf Einsicht in die eigene Akte und junge Menschen sind über ihre Rechte zu informieren. Es gibt in einzelnen Kommunen unterschiedliche Verfahren zum Inhalt und der Form der Akteneinsicht und junge Menschen machen die Erfahrung, dass die Einsicht nicht immer ermöglicht wird. Auch muss die „Akte“ als wichtige biographische Quelle der jungen Menschen verstanden werden. Es braucht eine stärkere Ressourcenorientierung in den Berichten und nicht nur Defizite, das wirkt sich negativ auf das Selbstbild aus.

Rückmeldungen von Abgeordneten

Anke Hennig (SPD) zeigt sich von dem Bericht zur Kostenheranziehung überrascht, das sei so nicht gedacht gewesen und da muss die Politik nochmal dran. Weiterhin sehe sie es kritisch, dass Eltern auf die Konten ihrer Kinder zugreifen können, das darf nicht sein. Sie möchte dem nachgehen und bittet um weitere Informationen dazu.

Anne Janssen (CDU) fragt, ob es sich bei der Empfehlung einen niedrigen Schulabschluss anzustreben, um ein flächendeckendes Problem handle? Weiterhin möchte sie nochmal konkreter wissen, welches Geld nicht ausgezahlt werde.

Steven Giese (Jugendlicher) berichtet, dass es ein flächendeckendes Problem mit dem Schulabschluss und der Beendigung der Jugendhilfe ist. Eine Jugendliche berichtet auch, dass sie sich selbst enormen Druck mache, um schnell die Ausbildung fertig zu bekommen, bevor die Jugendhilfe beendet wird. Sie fragt sich, ob sie bis zum 21. Geburtstag ihre Ausbildung fertig bekommt und hat Sorgen, wie sie sonst ihr Leben finanzieren soll.

Jana Paul (Careleaver e.V.) macht deutlich, dass die Logik, staatliche Leistungen miteinander zu verrechnen zu Ungerechtigkeiten für junge Menschen in Pflegefamilien führt. Sie zeigt sich enttäuscht, dass der Careleaver e.V. jahrelang für die Abschaffung der Kostenheranziehung gekämpft hat und nun wird über die BAföG Berechnung doch das Geld einbehalten, das ist ungerecht.

Ariane Fäscher (SPD) interessiert sich für die genauere Ausgestaltung der Kostenheranziehung, auch im Hinblick auf die Versorgung der leiblichen Eltern.

Jana Paul (Careleaver e.V.) erklärt, dass zwar die Kostenheranziehung in der stationären Jugendhilfe abgeschafft wurde, aber das Schüler*innen BAföG weiterhin auf das Pflegegeld angerechnet wird. Aus diesem Grund weichen Careleaver*innen teilweise darauf aus, ein Darlehen aufzunehmen, um eine Ausbildung machen zu können. Es braucht daher eine Überarbeitung der Kostenheranziehung.

Melanie Overbeck (Careleaver e.V.) hebt in Ergänzung dazu hervor, dass sich die rechtliche Beziehung zu den Eltern nicht an der Frage des Sorgerechts orientiert. Careleaver*innen werden zu den Kosten der Pflege der leiblichen Eltern herangezogen, daher braucht es auch hier die Möglichkeit der sozialrechtlichen Scheidung von den leiblichen Eltern. Es ist für die jungen Menschen nicht nachvollziehbar, warum sie für die Eltern aufkommen sollen, die sich nicht um ihre Kinder gekümmert haben – dies wird als ungerecht empfunden.

Selbstbestimmung und Partizipation stärken!

Impulse und Forderungen von Eltern

- ▶ Entscheidungen vom Jugendamt sollten nach einem persönlichen Gespräch getroffen werden und nicht nach Aktenlage. Noch immer werden Entscheidungen des Jugendamtes intransparent und nach Aktenlage ohne Einbezug der Eltern getroffen. Die Eltern bekommen einen Stempel, den sie nicht mehr loswerden. Es braucht aber eine Auseinandersetzung mit dem Menschen und den Bedarfen.
- ▶ Ein regelmäßiger Kontakt zu den eigenen Kindern muss ermöglicht und gefördert werden. Die Gestaltung der Besuchskontakte ist oft schwierig, unregelmäßig und in der Regel ohne Berücksichtigung der Wünsche der Eltern. Es sollte auch möglich sein, auch mal einen Termin auf einen anderen Tag zu verlegen. Die Pflegeeltern sitzen hier oft am längeren Hebel.
- ▶ Der Informationsfluss zwischen Träger, Jugendamt, Pflegeeltern und Eltern über die Entwicklung der Kinder muss automatisch, schnell und verlässlich sein. Noch immer erhalten Eltern über viele Entscheidungen und Entwicklungen im Leben ihrer Kinder keine/wenige oder verzögerte Informationen – oft nur nach beharrlichem Nachfragen.

Impulse und Forderungen von Careleaver*innen

- ▶ Stärkung der Anerkennung der Leistungen und Orientierung an den Ressourcen der jungen Menschen in der Jugendhilfe. Es braucht zudem eine stärkere Unterstützung des selbstgewählten Berufs- und Bildungswegs der Jugendlichen. Junge Menschen erleben insbesondere in Hilfeplangesprächen mit dem Jugendamt einen starken Fokus auf Defizite und Entwicklungen, die nicht geklappt haben sowie das Drängen, sich den Wünschen und Anforderungen der Fachkräfte anzupassen.

Impulse und Forderungen von Jugendlichen

- ▶ Junge Menschen müssen in Entscheidungen und Planungen über ihr Leben einbezogen und beteiligt werden. Berichte des Jugendamtes müssen transparent und in verständlicher Sprache formuliert sein. Jugendliche fühlen sich oft übergangen, nicht angehört und erhalten keine Berichte bzw. den Hilfeplan. Oft sind die Berichte in Fachsprache verfasst, die keiner versteht.



Eltern im Austausch mit Vertreter*innen aus der Bundespolitik.

Rückmeldungen von Abgeordneten

Anne Janssen (CDU) erklärt, das Kind sollte im Mittelpunkt stehen. Sie verdeutlicht, dass sie bisher die Perspektive der Eltern nicht kannte und plädiert dafür, dass die Interessen zusammengebracht werden müssen. Weiterhin hat sie aus den Berichten den Eindruck gewonnen, dass an allen gezerrt wird und andere Interessen, als die der Kinder und Eltern im Fokus stehen.

Erkan Kilic (Elternteil) macht deutlich, dass Eltern vom Jugendamt einen Stempel bekommen, den sie nicht mehr loswerden. Es muss auch geprüft werden, ob die Kinder zurück zu ihren Familien kommen können.

Melanie Overbeck (Careleaver e.V.) erklärt, dass es wichtig ist vom Kind aus zu denken und dann zu schauen, wie Hilfen um das Kind herum gebaut und organisiert werden können. Sie erlebt aber demgegenüber, dass die fiskalischen Interessen eher im Vordergrund stehen und nicht das Kind.

Eine Jugendliche fügt hinzu, dass Kinder faktisch nicht im Mittelpunkt stehen, da es gängige Praxis ist, dass ohne das Einverständnis der und ohne mit jungen Menschen zu sprechen, Entscheidungen über sie getroffen werden.

Ariane Fäscher (SPD) fragt, wovon ein junger Mensch aus einer Pflegefamilie lebt, wenn er*sie die Jugendhilfe verlässt?

Melanie Overbeck (Careleaver e.V.) erklärt, dass die Gefahr besteht, dass die Jugendhilfe beendet wird, wenn ein hoher Schulabschluss angestrebt wird. Jugendliche stehen nach der Jugendhilfe vor existenziellen Fragen und müssen durch hohes Eigenengagement (teilweise durch mehrere Jobs oder ein Darlehen) ihr Leben selbst bestreiten. Nicht wenige müssen ihre Ausbildung abbrechen, weil sie sich einen Job suchen müssen, weil sie von etwas leben müssen.

Ulrike Bahr (SPD) zeigt sich angesichts dieser Berichte überrascht, da dies nicht mit dem Gesetz in Einklang zu bringen ist. Aber offenkundig sei dies immer noch in der Praxis möglich.

Bessere Ausstattung der Pflegekinderhilfe fordern und fördern!

Impulse und Forderungen von Pflegeeltern

- ▶ Es braucht geringere Fallzahlen pro Fachkraft im Jugendamt und mehr Fachkräfte, damit mehr Zeit im Jugendamt für die Kinder vorhanden ist. Es zeigt sich, dass die Fallzahlen und die damit einhergehende Überlastung und Fluktuation in den Jugendämtern sehr hoch ist.
- ▶ Die Partizipation von Kindern muss gestärkt werden, um die individuellen Bedarfe der Kinder kennenzulernen. Im Alltag findet Partizipation von Kindern nur wenig bis gar nicht statt, was dazu führt, dass diese gar nicht oder nur wenig mit ihren Anliegen und Perspektiven gehört werden. Die Fachkräfte haben aufgrund der Arbeitsbelastung nur wenig Zeit, um Kinder, über die sie entscheiden, kennenzulernen und eine dafür notwendige Beziehung aufzubauen. Dies führt auch dazu, dass die Pflegeeltern um die Bedarfe der Kinder kämpfen müssen.
- ▶ Die Pflegekinderhilfe muss eine auskömmliche Altersversorgung für Pflegeeltern schaffen! Es gibt keine bis nur schlechte Altersvorsorge insbesondere für die Bereitschaftspflegestellen, dies führt zu Altersarmut von Pflegeeltern, das darf die Kinder- und Jugendhilfe nicht zulassen.
- ▶ Kostenheranziehung für alle junge Menschen abschaffen! Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Pflegefamilien fallen unter das SGB IX, wo die Kostenheranziehung weiterhin besteht. Es ist wichtig, dass diese strukturelle Benachteiligung jungen Menschen mit Behinderungen gegenüber abgeschafft wird.

Impulse und Forderungen von Eltern

- ▶ Eltern brauchen eine eigene neutrale Ansprechperson im Jugendamt! Jugendämter brauchen mehr Personal! Es ist in vielen Jugendämtern so, dass Eltern gar keine Ansprechperson haben und für sie unklar ist, wer im Jugendamt für ihre eigenen Kinder zuständig ist. Der Fachkräftemangel und die Überlastung im Jugendamt führt auch dazu, dass die Erfahrung gemacht wird, dass es nicht genug Case Manager für ihre Kinder gibt.
- ▶ Die Fahrtkosten für Besuchskontakte müssen übernommen werden! Nicht wenige Eltern berichten, dass ihre Kinder nicht in der Nähe, sondern sehr weit weg, bis zu 200 km entfernt in Pflegefamilien untergebracht wurden. Dies stellt die Eltern für die Beziehungspflege vor Herausforderungen, so sind die Fahrtkosten bei diesen Strecken sehr hoch.

Impulse und Forderungen von Careleaver*innen

- ▶ Die präventiven und ambulanten Hilfen zur Erziehung, die Eltern tatsächlich unterstützen und eine Inobhutnahme verhindern, müssen gestärkt werden! Hilfen zur Erziehung setzen oft zu spät an, obwohl sie dem Namen nach gerade die Erziehung der Eltern unterstützen sollen und die Herausnahme eines Kindes aus der Familie die letzte Option sein sollte.
- ▶ Die Kinder- und Jugendhilfe darf nicht zu Stigmatisierung führen und soziale Ungleichheiten müssen abgebaut werden! Viele Kinder, die in Obhut genommen werden, kommen aus Armutsverhältnissen und die Kinder- und Jugendhilfe führt dann weiter zu Stigmatisierungen.

Rückmeldungen von Abgeordneten

Ariane Fäscher (SPD) fordert eine bessere Ausstattung der Jugendämter für die bessere Zusammenarbeit und Individualität in den Hilfen. Sie erkundigt sich nach Unterstützungsmöglichkeiten außerhalb des Jugendamtes.

Anne Janssen (CDU) berichtet davon, dass sie als Lehrerin auf Hilfen für Eltern durch das Jugendamt hingewiesen hat, aber es da große Abwehr seitens der Eltern bei dem Begriff Jugendamt gab. Sie fragt, ob Angebote des Jugendamtes möglicherweise von den Eltern nicht angenommen werden, obwohl es sinnvoll wäre.

Friederike Rabeneck (Pflegeelternrat) macht deutlich, dass das Jugendamt eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und eine Imagepflege braucht. Lehrer*innen und Erzieher*innen kennen die Lebenswelten von jungen Menschen in Pflegefamilien nicht, daher benötigen sie Fort- und Weiterbildungen zu den Themen. Auch aus eigener Erfahrung gibt es viele negative Kontakte mit dem Jugendamt.

Steven Giese (Jugendlicher) ergänzt, dass Lehrer*innen einen anders behandeln, wenn sie erfahren, dass der junge Mensch in einer Pflegefamilie lebt, die würden sich so verhalten, als würde mit dem jungen Menschen irgendetwas nicht stimmen. Steven Giese führt weiter aus, dass das Jugendamt keinen guten Ruf hat. Er wird im Hilfeplangespräch regelmäßig „runter gemacht“. Selbst wenn es positive Entwicklungen zu berichten gibt, wird dies nicht anerkannt, sondern nachgefragt, was denn nicht funktioniert. Das ziehe einen runter. Er erklärt, er hasse das Jugendamt.

Anna Kücking (Careleaver e.V.) fragt, ob das Jugendamt jemals einen guten Ruf hatte. Sie weist darauf hin, dass es eine unschöne Erfahrung ist, als Kind so beobachtet zu werden. Das Jugendamt hilft nur, wenn du dich gut entsprechend verhältst, dich gut präsentierst.

Sandra Oakes (Pflegeelternrat) hebt darauf ab, die Ressourcenorientierung zu stärken. Junge Menschen in Pflegefamilien dürfen keine Fehler machen, das dürfe nicht sein. Ihre Kontakte als Beratungslehrerin mit dem Jugendamt waren nur negativ, auch der Kontakt zum Jugendamt ihres Kindes, das sie aufgenommen hat, war negativ.

Sabrina Graef (Elternrat) teilt die Erfahrung, dass sie lange auf Kooperationsgespräche mit dem Jugendamt wartet, teilweise über drei Jahre. Das Jugendamt ist für sie keine Hilfe, sondern eine Belastung.

Erkan Kilic (Elternrat) ergänzt, dass das Jugendamt einen krank mache, das Jugendamt zieht alles in die Länge und das führt zu psychischen Belastungen. Er macht die Erfahrung, dass da, wo gehandelt werden sollte, nicht gehandelt wird.

Amina Angelika Busch (Jugendliche) berichtet, dass Freunde von ihr negative Erfahrungen mit dem Jugendamt gemacht haben. Wenn sie erklärt, dass sie in einer Pflegefamilie lebt, wird sie bemitleidet und musste sich auch anhören, dass sie keine Eltern habe. Das Jugendamt ist eine Last und keine Hilfe.

Ulrike Bahr (SPD) macht deutlich, dass es im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz Beratungsansprüche gibt und dass diese bekannter gemacht werden müssen. Auch gibt es Ombudstellen, die besser bekannt gemacht werden müssen.

Bianca Vorndamme (Pflegeelternrat) schließt daran an und erklärt, dass die aktuelle Haushaltssperre in den Kommunen dazu führt, dass genau diese Beratungsangebote zum 1. Januar 2024 gestrichen werden. Weiterhin erklärt sie, dass die Ombudstellen völlig überlaufen und nicht gut ausgestattet sind. Es gibt viele Anfragen, weil es einen hohen Bedarf gibt.

Bessere und schnellere Verfahren – weniger Bürokratie

Impulse und Forderungen von Careleaver*innen

- ▶ Die Beteiligung an der Aktenführung und regelmäßig stattfindende Hilfeplangespräche müssen gestärkt werden! Hierbei ist die Ressourcenorientierung im Jugendamt, insbesondere in der Aktenführung von besonderem Wert. Es wird betont, dass die Akte einen stetig begleite, „wenn es nicht mit der Pflegefamilie klappt, geht es in die Wohngruppe, aber die Akte bleibt“. Die Akte wird aber nicht mit dem jungen Menschen zusammengeführt, sondern über diesen. In der Biographiearbeit ist die Akte besonders wichtig und sollte daher nicht nur defizitär ausgerichtet sein.
- ▶ Es braucht schnellere Verfahren und weniger Bürokratie! Die jungen Menschen machen die Erfahrung, dass sie sich oft sehr klein in den großen Strukturen und Institutionen fühlen und oft über sie anstatt mit ihnen gesprochen wird. Wir haben keine emotionale und finanzielle Sicherheit wie andere Kinder. Wir erwarten aber Unterstützung vom Staat, wo wir die Unterstützung auch brauchen.

Impulse und Forderungen von Pflegeeltern

- ▶ Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien sollten einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Therapien, Unterstützung und Diagnosen erhalten! Es dauert oft lange, bis junge Menschen wichtige und notwendige Unterstützung und Behandlungen erhalten wie beispielsweise Termine beim Sozialpädiatrischen Zentrum oder für Schulbegleitungen. Junge Menschen in Pflegefamilien müssen ihre Unterstützung zeitnah erhalten, da oft bereits viel Wartezeit (durch Beziehungsaufbau) vergangen ist. Auch haben die Pflegeeltern keine Möglichkeit, Rechte von Pflegekindern durchzusetzen, weil sie von der sorgeberechtigten Person abhängig sind.

Impulse und Forderungen von Jugendlichen

- ▶ Es braucht eine feste und unabhängige Ansprechperson für junge Menschen! Es fehlt an kontinuierlichen Ansprechpersonen für die jungen Menschen, oft wechseln diese oder sind gar nicht vorhanden. Dadurch kann sich kein Vertrauen aufbauen und die Jugendlichen sich auch nicht an die Person wenden.
- ▶ Junge Menschen als Menschen sehen und nicht als Fälle! Das Jugendamt arbeitet die Jugendlichen als Fälle ab. Diese wollen aber auch einbezogen und gesehen werden. Die Bedarfe der jungen Menschen müssen berücksichtigt werden.



Charlotte Ottensmeier (Büroleiterin von Anke Hennig, MdB, SPD) im Austausch mit Pflegeeltern.

Rückmeldungen von Abgeordneten

Luise Pfütze (wissenschaftliche Referentin von Denise Loop, MdB) erkundigte sich nach der Gestaltung von Geschwisterbeziehungen in der Pflegekinderhilfe.

Sabrina Graef (Elternteil) antwortet auf die Frage, dass das Gesetz das zwar vorsehe, aber in der Praxis nicht umgesetzt wird. Ihre beiden Kinder haben sich seit drei Jahren nicht gesehen, weil es aus organisatorischen Gründen nicht möglich sei.

Sabrina Schur (Elternteil) ergänzt, dass ihre Tochter im Rhein-Main-Gebiet lebe und die andere Tochter im Ruhrgebiet. Jedes halbe Jahr würden sie sich sehen, aber es sei schwierig auf diese Distanz den Kontakt zu halten.

Sabrina Hilmer (Pflegeelternanteil) berichtet, dass sie zwei Kinder aus zwei Familien aufgenommen hat. Die Entfernung zu den Geschwistern liegt bei 50 km, das ist schwer immer zu organisieren, dass die sich sehen können. Die Geschwister haben keinen Draht zueinander, da die sich zu wenig sehen.

Erkan Kilic (Elternteil) macht nochmal deutlich, dass in der Biographiearbeit auf alle Familienmitglieder geschaut werden muss und nicht nur auf die Eltern, sondern auch Geschwister, Großeltern und weitere Verwandte.

Steven Giese (Jugendlicher) berichtet, dass seine Mutter keinen Kontakt zu ihm bekommen hatte und sie sich zehn Jahre nicht gesehen haben. Erst über die Sozialen Medien haben sie Kontakt zueinander gefunden.

Sabrina Hilmer (Pflegeelternanteil) schließt mit dem Hinweis, dass es auch Kinder gibt, die ihre Eltern vermissen und das sollte ernst genommen werden. Es sollte normal sein, dass Besuchskontakte durch den Pflegekinderdienst begleitet werden.

Was nimmt der Ausschuss mit?

Wie kann es weitergehen?

Die Ausschussvorsitzende Ulrike Bahr bedankt sich bei allen für ihr Engagement, die Berichte über die Erfahrungen und vor allem auch für die vielen konkreten Lösungsansätze. Sie erklärt, dass der Ausschuss die Vielzahl an Themen mitnimmt und geprüft wird, was in einem neuen Gesetz berücksichtigt werden kann.

Weiterhin erklärt sie, dass das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz einige der Forderungen bereits aufnimmt und es muss genau geprüft werden, wie das Gesetz auch in der Praxis stärker umgesetzt werden kann.



Ulrike Bahr (MdB, SPD) und Luise Pfütze (Mitarbeiterin von Denise Loop, MdB, Bündnis 90/Die Grünen) im Austausch mit den jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern.



Anke Hennig (SPD) und Ulrike Bahr (SPD) hören aufmerksam zu. Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.



Anne Janssen (CDU) fragt genau nach. Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.



Careleaver*innen geben Einblicke. Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.

Status „Careleaver*in“ sozialrechtlich absichern

Im Rahmen des Hearings wurde die Forderung nach einem eigenen Rechtsstatut „Leaving Care“ diskutiert. Die Abgeordneten zeigten sich sehr an dieser Forderung interessiert und baten um eine Konkretisierung dieser Forderung. Dr. Melanie Overbeck und Prof. Dr. Wolfgang Schröder, die am Hearing mitgewirkt haben, erarbeiteten im Nachgang des Hearing mit Dr. Thomas Meysen und Christine Osterland eine Konkretisierung und einen Vorschlag zur Umsetzung.

Careleaver*innen sind junge Menschen, die eine Zeit in ihrer Kindheit und Jugend in stationären Einrichtungen oder in Pflegefamilien gelebt haben. Nach der Zeit in der Pflegefamilie oder Einrichtung haben sie regelmäßig besonders schwierige Startbedingungen. Ihre Lebensverhältnisse im jungen Erwachsenenalter sind oftmals prekär. In der Mehrzahl werden sie kaum oder nicht von ihren Eltern unterstützt, können insgesamt wenig auf familiäre Ressourcen zurückgreifen. Viele führen keine dauerhaft belastbaren Beziehungen zu ihren Eltern oder brauchen zu ihrem Schutz weiterhin Abstand.

Wenn das Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII zu einer Unterbringung außerhalb des Elternhauses in einer stationären Einrichtung oder in einer Pflegefamilie führt, erkennt der Staat an, dass die Beziehung zwischen dem jungen Menschen und den Eltern krisenhaft und/oder zumindest in unterschiedlichen Dimensionen den sozialrechtlichen Ansprüchen entsprechend nicht belastbar ist.



Wolfgang Schröder (Vorsitzender des Bundesjugendkuratorium) moderierte den Austausch zwischen Jugendlichen und Vertreter*innen aus der Bundespolitik.

Nach dem Ende der Unterbringung im Rahmen von Leistungen nach SGB VIII werden die prekäre Lebenssituation der jungen Menschen und deren existenziellen Unsicherheiten bislang nur höchst unzureichend sozialrechtlich berücksichtigt. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass sozialstaatliche Leistungen nur elternabhängig geleistet werden. Die Careleaver*innen werden darauf verwiesen, finanzielle Unterstützung ausgerechnet durch ihre Eltern zu suchen. Nicht wenige Careleaver*innen rutschen daher bereits im jungen Erwachsenenalter in Verschuldung und verschärfte Armutslagen ab; ihnen werden Zugänge zu Bildung versperrt.

Aufgrund der häufig schwer belasteten, prekären Beziehung zu ihren Eltern ist es Careleaver*innen nicht zumutbar, dass der Bezug von Sozialleistungen vom Mitwirkungswillen und der Mitwirkungsfähigkeit der Eltern abhängig gemacht wird und dass den jungen Menschen die Verantwortung zugeschrieben wird, die Mitwirkung zu aktivieren und sich damit der sozialen Kontrolle durch die Eltern aussetzen müssen. Die Verantwortung, mit den jeweiligen Unterhaltspflichtigen Kontakt aufzunehmen, und gegebenenfalls bei den Eltern Rückgriff zu nehmen, ist von den Careleaver*innen auf die zuständigen Sozialleistungsträger zu übertragen. Dies sollte alle sozialen Leistungen betreffen.

Es besteht dringender gesetzlicher Reformbedarf: Careleaver*innen erhalten finanzielle Sozialleistungen unabhängig vom Einkommen der Eltern und werden generell nicht auf die Möglichkeit verwiesen, zur Vermeidung von Sozialleistungen im Haushalt der Eltern zu leben (elternunabhängiger Sozialleistungsbezug). Entscheidend für den Status als Careleaver*in ist, dass ihr Aufenthalt außerhalb der primären Familie über ein Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII organisiert wurde. Über die Einführung eines spezifischen Rechtsstatus für die Gruppe der Careleaver*innen wird die Möglichkeit geschaffen, die Lebenslage mit ihren besonderen Benachteiligungen zu berücksichtigen. Die zielgerichtete Adressierung der Careleaver*innen als besonders von Armut betroffene Gruppe ist vergleichbar etwa mit der nachteilsausgleichenden Förderung Alleinerziehender.

Gesetzliche Reformvorschläge:

Um eine elternunabhängige soziale Sicherung von Careleaver*innen zu erreichen, ist es notwendig, im SGB VIII zu bestimmen, wer sozialrechtlich als Careleaver*in gefasst wird. Der Rechtsstatus könnte in den Begriffsbestimmungen des § 7 SGB VIII definiert und in anderen Sozialgesetzen aufgegriffen werden:

Im SGB VIII wird § 7 Begriffsbestimmungen in Absatz 1 um folgende Nummer 7 ergänzt:

(1) Im Sinne dieses Buches ist

[...]

7. Care Leaver, wer als Kind, Jugendlicher oder junger Erwachsener auf Grundlage eines Hilfeplanverfahrens nach § 36 außerhalb des Elternhauses untergebracht war.

Diese Begriffsbestimmung im SGB VIII dient als Grundlage, auf die in anderen Sozialrechtsbüchern Bezug genommen werden kann, um die Elternunabhängigkeit von Leistungen für Careleaver*innen zu sichern. In einem ersten Schritt wäre die Elternunabhängigkeit insbesondere im SGB II sowie BAföG einzuführen:

Im SGB II wird § 22 Bedarfe für Unterkunft und Heizung in Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 folgender Halbsatz ergänzt:

(5) Sofern Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, umziehen, werden Bedarfe für Unterkunft und Heizung für die Zeit nach einem Umzug bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres nur anerkannt, wenn der kommunale Träger dies vor Abschluss des Vertrages über die Unterkunft zugesichert hat. Der kommunale Träger ist zur Zusicherung verpflichtet, wenn

[...]

1. die oder der Betroffene aus schwerwiegenden sozialen Gründen nicht auf die Wohnung der Eltern oder eines Elternteils verwiesen werden kann; davon ist unter anderem auszugehen, wenn er oder sie Care Leaver im Sinne von § 7 Abs. 1 Nr. 7 des Achten Buches ist.

Im BAföG wird § 11 Umfang der Ausbildungsförderung in Absatz 3 Satz 1 um folgende Nummer 5 ergänzt:

(3) Einkommen der Eltern bleibt ferner außer Betracht, wenn der Auszubildende

[...]

5. auf Grundlage eines Hilfeplans nach § 36 des Achten Buches Sozialgesetzbuch außerhalb des Elternhauses untergebracht ist oder Care Leaver im Sinne von § 7 Abs. 1 Nr. 7 Achten Buch Sozialgesetzbuch ist.

Weitere Anpassungen in anderen Sozialgesetzbüchern wären in der Folge entsprechend zu prüfen.

- ▷ Dr. Melanie Overbeck, Vorsitzende Careleaver e.V.
- ▷ Dr. Thomas Meysen, SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies
- ▷ Christine Osterland, Richterin am Sozialgericht Hamburg
- ▷ Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Universität Hildesheim



A stylized illustration of a person with a bun hairstyle, wearing a brown top, holding a large white sign. The sign contains the word 'Anhänge' in bold black text. The background is a solid light brown color.

Anhänge

„Listen to us!“

Hearing mit jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern in der Pflegekinderhilfe

Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland

27. November 2023 von 10:30 bis 15:30 Uhr

Programmablauf

Fachgespräch der Ausschussvorsitzenden in Raum 2.200 im Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag

10:00 Uhr Ankommen mit Stehkafee

come in touch: Workshop mit jungen Menschen, Eltern und Pflegeeltern

Raum 271 in der Wilhelmstraße 60 (W60), Deutscher Bundestag

10:30 Uhr **Begrüßung (Video)**

Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ)

10:35 Uhr **Dialogforum Pflegekinderhilfe – Ein kurzer Überblick**

Josef Koch (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)

10:45 Uhr **Einblicke in die „Pflegekinderhilfe“**

vier Runden als direkte Tischdiskussionen jeweils 20 Minuten

- ▶ Austausch mit Jugendlichen (Moderation: Wolfgang Schröer)
- ▶ Austausch mit Careleaver*innen (Moderation: Melanie Overbeck)
- ▶ Austausch mit Eltern (Moderation: Katrin Behrens)
- ▶ Austausch mit Pflegeeltern (Moderation: Judith Pöckler-von Lingen)

12:15 Uhr **What To-do? Statements von Politiker*innen**

Moderation: Josef Koch (IGfH)

13:00 Uhr Mittagspause

Fachgespräch der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Raum 2.200 im Paul-Löbe-Haus

14:00 Uhr **Begrüßung**

Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

14:10 Uhr **Impulse und Forderungen an die Bundespolitik**

- ▶ Impulse von Jugendlichen
- ▶ Impulse von Careleaver*innen
- ▶ Impulse von Eltern
- ▶ Impulse von Pflegeeltern

Mit Rückfragerunden der Ausschussmitglieder

15:10 Uhr **Was nimmt der Ausschuss mit? Wie kann es weitergehen?**

Ulrike Bahr (Ausschussvorsitzende) zusammen mit Ausschussmitgliedern

15:30 Uhr Ende des Hearings

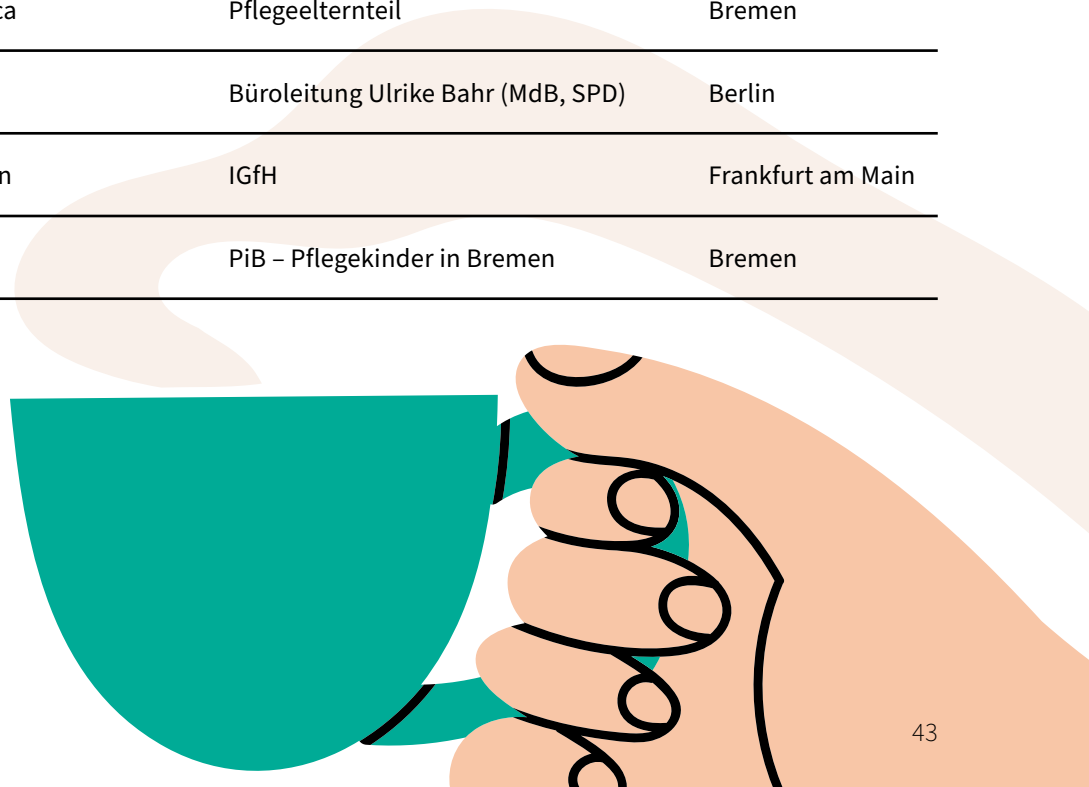
15:30 Uhr Ausklang des Hearings – Stehkafee und Gebäck

16:00 Uhr Abreise

Teilnehmer*innen

| Name | Vorname | Organisation | Ort |
|-------------|----------------|---|-------------------|
| Bahr | Ulrike | SPD, MdB, Vorsitzende Familienausschusses | Berlin |
| Behrens | Katrin | Kompetenzzentrum Pflegekinder | Berlin |
| Busch | Amina Angelika | Jugendliche | Hamburg |
| Dahlbüdding | Anne | BMFSFJ | Berlin |
| Dankowski | Lea | Careleaver e.V. | Hamburg |
| Fäscher | Ariane | SPD, MdB | Berlin |
| Giese | Steven | Jugendlicher | Rostock |
| Graef | Sabrina | Elternteil | Bremen |
| Haßmann-Vey | Silvia | Kompetenzzentrum Pflegekinder | Berlin |
| Hennig | Anke | SPD, MdB | Berlin |
| Hilmer | Sabrina | Pflegeelternteil | Bremen |
| Hirschbeck | Walburga | IGfH | Frankfurt am Main |
| Hölscher | Nadja | Elternteil | Bremen |
| Janssen | Anne | CDU/CSU, MdB | Berlin |
| Kilic | Erkan | Elternteil | Bremen |
| Klar | Jetemira | Careleaver e.V. | Ulm |
| Koch | Josef | IGfH | Frankfurt am Main |
| Kößler | Melanie | Fraktionsreferentin für Familien-, Kinder- u. Jugendpolitik Bündnis 90/Die Grünen | Berlin |
| Korkut | Delano | Jugendlicher | Bremen |
| Kübler | Sophia Maria | Büroleitung Anne Janssen (MdB, CDU/CSU) | Berlin |

| Name | Vorname | Organisation | Ort |
|-------------------|----------------|---|--------------------|
| Kücking | Anna | Careleaver e.V. / Kompetenzzentrum Pflegekinder | Berlin |
| Maß | Justin | Jugendlicher | Naumburg-Elbenberg |
| Müller | Leah | Elternteil | Wuppertal |
| Oakes | Sandra | Pflegeelternanteil | Sickte |
| Ottensmeier | Charlotte | Büroleitung Anke Hennig (MdB, SPD) | Berlin |
| Dr. Overbeck | Melanie | IGfH/ Careleaver e.V. | Münster |
| Paul | Jana | Careleaver e.V. | Aachen |
| Pfütze | Luise | Wissenschaftl. Mitarbeiterin Denise Loop (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) | Berlin |
| Rabeneck | Friederike | Pflegeelternanteil | Bremen |
| Salatino | Alessandra | Pflegeelternanteil | Berlin |
| Prof. Dr. Schröer | Wolfgang | Universität Hildesheim | Hildesheim |
| Schur | Sabrina | Elternteil | Herne |
| Vorndamme | Bianca | Pflegeelternanteil | Bremen |
| Dr. Vornefeldt | Ruth | Büroleitung Ulrike Bahr (MdB, SPD) | Berlin |
| Wedermann | Stefan | IGfH | Frankfurt am Main |
| Willemer | Anke | PiB – Pflegekinder in Bremen | Bremen |



Danke